Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 280 ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5–6 Uhr, Sonnabends von 4–5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 513 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 15 Goldpfennige für Familienanzeigen, 50 Goldpfennige für die Reklamezeile mit Zuschlag an den dreigespaltenen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Dienstag, 9. Juni 1925 — Nummer 47

„Soziale" Hindenburg-Aera

Forderungen der Unternehmer — Hindenburg-Fürsorge

Berlin, 9. Juni (Eigene Drahtmeldung) Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (nationalpolitischer Spitzenverband der Ausbeuter unter deutschnationaler Führung) haben an die Luther-Regierung eine Eingabe gerichtet, deren seither geheim gehaltener Inhalt jetzt einigermaßen bekannt wird. Der Leitsatz ist: „Die Pflicht der Wirtschaftspolitik auch in der Gestaltung unserer heutigen Arbeitstarife und Arbeitsbedingungen muß weitgehende Verbilligung unserer Produktion sein". Die Eingabe fordert: 1. **Neubildung von Inlandskapital"**, das heißt Auspressung von noch größerer Mehrwertmasse aus der deutschen Arbeiterklasse bzw. Steigerung der Ausbeutungsrate und Umwandlung des so gesteigerten Mehrwertes in zusätzliches Kapital. 2. Allgemeines Mittel dazu: **„Höchste Arbeitsleistung bei größter Sparsamkeit".** 3. Als wichtigstes Mittel zur Steigerung der Produktion und des Volkswohlstandes (lies: des bürgerlichen Reichtums) sieht die Unternehmervereinigung **eine neue Verlängerung der Arbeitszeit und langfristige Sicherstellung dieser Verlängerung mit Hilfe der staatlichen Macht vor.** 4. Jede Lohnpolitik, die diese Forderungen unberücksichtigt lasse, sei unmöglich, weil sie angeblich zu einer Erhöhung der Warenpreise führen würde, was der Unternehmer nicht verantworten könne. Die Eingabe will umgekehrt dies Programm als Weg zur Preissenkung hinstellen. Dieser Betrug ist um so größer, als zur selben Stunde das Industriekapital gemeinsam mit dem Agrarkapital durch die neue Wucherzollvorlage den Lebensunterhalt der Arbeiterklasse gewaltig verteuern will.

Abbau der Wochen- und Stillhilfe für Arbeitermütter

(Einmütiger Protest der Aerzte- und Fürsorgevereinigungen.)

Dem Reichstag liegt ein Gesetzentwurf vor, der statt des durch Reichsversicherungsordnung weiter festgelegten einmaligen Entbindungsgeldes von 25 Mark und statt des weiter 4 Wochen vor bis 6 Wochen nach der Entbindung fortlaufend bezahlten Wochengeldes in Höhe des Krankengeldes jetzt das Wochengeld auf ½ des Krankengeldes und die 25 Mark Entbindungsgeld auf 18 Mark herabsetzen, außerdem das Stillgeld ganz abschaffen will.

Am Montag nahm dazu eine Versammlung aller größeren Aerzte- und Fürsorgevereinigungen Stellung. Im Namen des Reichsinnenministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsgesundheitsamtes gab ein Regierungsrat die Erklärung ab, daß diese Regierungsvorlage absolut notwendig sei. **Die Versammlung protestiert in einer Resolution einmütig gegen die durch das Gesetz bewirkte, noch gesteigerte Säuglingssterblichkeit.** Der Gesetzentwurf wird als Experiment mit Menschenleben bezeichnet. Sämtliche Redner, bürgerliche Aerzte von hohem Ruf, sprachen sich in der Richtung aus: Wenn etwas am Gesetz geändert werden müsse, dann könne es nur Erhöhung der Bezüge sein und Ausdehnung der Gewährung des Stillgeldes auf mindestens 6 Monate.

Hindenburg-Amnestie

Berlin, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Zeit" meldet, sollen die Verhandlungen mit den Ländern nunmehr abgeschlossen sein, so daß damit zu rechnen sei, daß die Reichsregierung jetzt mit aller Beschleunigung an die Ausarbeitung eines Reichsamnestiegesetzes herangehen werde. Die Arbeiterschaft im ganzen Reiche muß ihren ganzen Druck hinter diese Bourgeois-Gesetzesmacher setzen, wenn nicht die Amnestie zu einer Hakenkreuzlerfarce und zu einem Hohn für das Proletariat werden soll.

Die Kontrollnote

Hindenburg wird unterschreiben.

Die „Entwaffnungsnote der alliierten Regierungen" **ist von** dem feierlichen Fünferkomitee der auswärtigen **Diplomaten in** Berlin feierlich überreicht worden. **Des Feldmarschall-**Präsidenten Hindenburg **erstes großes Amtsgeschäft besteht in** dem Vorsitz bei den Dauerberatungen der **„ersten nationalen** Regierung" der deutschen Bourgeoisie. **An die Stelle der Fanfarenstöße** ist die Zähneklapperei getreten. **So wie der Fanfarenstoß** des 26. April den Hindenburgmarsch **der Konterrevolution** gegen den „inneren Feind" **der bürgerlichen Ordnung** ankündigte, so bereitet am 4. Juni **das nationale Stöhnen und** krampfhafte Nein-Geschrei der regierenden **Herren Bourgeois den** neuen Gang unter das **internationale Joch der imperialistischen** Banditen vor. In den 7 Jahren **der Bourgeoisrepublik ist die** „verdorrte Hand" **zum Requisit sämtlicher Staatsparteien von** den Sozialdemokraten bis zu den **Deutschnationalen geworden.** Jetzt ist es die **Hand des „Mannes der nationalen Hoffnung** und Stärke", die Faust des Herrn v. **Hindenburg-Beneckendorff,** die, wenn man so sagen will, **auf der Darre liegt. Er wird** eine Weile unterhandeln und dann unterschreiben. **„Diese Absicht** der Regierung ist nicht zu mißbilligen," **schreibt das Blatt** der Sozialdemokratie. **Wenn die militärische Hand des kaiserlichen** Präsidenten unter die Militärnote **der Pariser und Londoner** Räuberregierungen das Scheidemannsche **Ja setzt, wird** es den nationalbetrogenen Kleinbürgern **wie kalte Verzweiflung** über den geschundenen Rücken laufen.

Die Militärnote der alliierten **Regierungen, Produkt oder vielmehr Nebenprodukt von 5 Monaten des Verhandelns zwischen** Paris und London, ist also da. **Mit derselben militärischen** Akkuratesse und Präzision ausgearbeitet, die die **beschleunigten** Arbeiten der imperialistischen **Generalstäbler gegen Sowjetrußland** unzweifelhaft kennzeichnet, **stellt diese Note des eisernen** Diktats **Forderungen, die schon, in Geld umgerechnet, schwere** Leistungen bedeuten. **Die fortdauernde Militärnote ist begleitet** von einer **finanziellen Quittung, in der die Reparationskommission** die „getreuliche Erfüllung" **der seitherigen Dawesverpflichtungen „zu bejahen sich beehrt". Es könnte keinen** Hohn geben, der blutiger wäre. **Die deutsche Bourgeoisie hat** fast ein halbes Jahr mit trüben Augen **und einem Funken Hoffnung** auf die Stiefelabsätze jener **auswärtigen Banditendiplomaten** gestarrt, die gegenüber dem **ökonomischen Ausbeutungsobjekt** Dawesdeutschland die **notwendigen politischen Geschäfte** der großen Imperialisten in London, **Paris und Neuyork versehen.** Die deutsche Bourgeoisie hat **— die Hand an der Gurgel** des arbeitenden Volkes — **inzwischen „getreulich erfüllt", d. h.** aus der Tasche des **arbeitenden Mannes bezahlt.**

Diese „nationale" Bourgeoisie nimmt die **neueste Not mit** einem pompösen, **wiewohl durch allzu häufigen Brauch schon** abgenutzten und gedämpften „**Unannehmbar" in Empfang —** aber diese Karnevalspatrioten **werden auch die neuen Forderungen** „getreulich erfüllen" — **und trotzdem die besetzten Gebiete nicht freibekommen.** Der innenpolitische **Weg von Noske** zu Hindenburg ist eins mit dem **außenpolitischen Weg von** Scheidemann zu Hindenburg. **Die symbolische Gestalt des Feldmarschall-Präsidenten** erweist wie nichts sonst, **daß der in Deutschland** herrschende Bourgeois wirtschaftlicher **Fronvogt und zugleich** militärisch-politischer Büttel eines und **desselben auswärtigen** Herrn und Meisters ist. Kein nationales **Feuerwerk wird** diese nackte Wirklichkeit vor den Augen der 14 **Millionen Hindenburg-Wähler** verbergen können.

Kontrollnoten, Entwaffnungsnoten und dergleichen sind nur die jeweilige politische Ergänzung des Dawespaktes, **dessen** wirtschaftlich-finanziellen **Ausbeutungsapparat sie stabilisieren** und immer neu kontrollieren. Die neueste Entwaffnungsnote bestätigte die weitere Besetzung der deutschen Zonen auf **unbestimmte Zeit,** macht also erneut die Zusicherungen der Londoner Daweskonferenz — Stresemanns **Geschwätz zum Trotz — illusorisch** und pault in jedem Paragraphen ihrer Konstatierungen und Forderungen den schwarz-rot-goldenen wie den schwarz-weiß-roten Bourgeois erbarmungslos-nüchtern die Tatsache der besiegelten und verbrieften Unterwerfung ein. Die Note verlangt im eintönig wiederholten Wortlaut, daß die zur Durchführung der einzelnen Punkte notwendigen Gesetze und Verordnungen der interalliierten **Militärkommission** zur Genehmigung vorgelegt, nach ihrer Genehmigung veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden. Die durch den Dawespakt prinzipiell aufgehobene Souveränität des Deutschen Reichs wird also noch einmal im einzelnen aufgehoben und beseitigt. Das eigentliche — außerpolitische — Symbol staatlicher Souveränität ist die „Schwertgewalt", so erklärte einst der „theoretische" Götze der deutschen Bourgeois im Zeitalter der imperialistischen Blüte. Nun wohl, diese „Schwertgewalt" wird noch einmal den Händen der deutschen Regierung entrissen: nicht Berlin, sondern London und Paris wird das Oberkommando über den deutschen Söldner haben, wenn das Zeichen zum Beginn des „Heiligen Krieges" gegen Sowjetrußland gegeben sein wird. Die Militärnote ist nichts weiter als das Stachelhalsband für den deutschen Bluthund, der für die Raubmächte nur dann absolut zuverlässig ist, wenn er völlig in der Gewalt der Pariser und Londoner Generalstäbler ist, jedem Befehl ohne Knurren folgt und keine Möglichkeit hat, an eine eigene Bewegung auch nur zu denken. **Dies und nur dies ist gesagt, wenn es im Eingang der Note heißt:**

„Die alliierten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Bemerkung in den Forderungen zu stellen, daß die Gesamtheit der Verstöße Deutschlands der deutschen **Regierung späterhin die Wiederherstellung eines einheitlichen, den**

Gegen das Blutbad der Severing-Polizei!

Berlin, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die **KPD.** ruft zu Donnerstag zu **Massendemonstrationen gegen den Teltower Arbeitermord auf.** Das Gewerkschaftskartell in Teltow **hat sich diesem Aufruf bereits angeschlossen, ebenso das Sportkartell Teltows. Verschiedene Berliner Betriebe haben bereits Stellung genommen. Eine Betriebsräteversammlung des Daimlerwerkes Marienfelde (13 SPD., 8 KPD. und 18 parteilose Betriebsräte) verlangt in einer Protestresolution strenge Bestrafung der Landjäger und sofortige Auflösung der faschistischen Verbände. Die Belegschaft von Stawropulos und Maldauer (Bekleidungsarbeiter) fordert einmütig strenge Bestrafung der Landjäger und sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission unter Hinzuziehung der Arbeiterschaft.**

Die Zahl der Toten von Teltow hat sich auf zwei erhöht. 8 Verwundete sind noch in Lebensgefahr. Die bürgerliche Presse konstatiert, daß die Roten Frontkämpfer unbewaffnet waren, daß der Ueberfall von den Landjägern und der Schützengilde provokatorisch inszeniert wurde und daß die Durchführung des Schützenfestes nach dem Blutbad mit Karussell und Sektbetrieb aufreizend war.

Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg der KPD. veröffentlicht einen Aufruf gegen den polizeilichen Mord und gegen die weiße Justiz, für verstärkte Amnestie-Kampagne.

In gewaltigem Massenaufmarsch muß das deutsche Proletariat gegen die neuen faschistischen Morde und das neue ungeheuerliche Blutbad der Severing-Polizei in Teltow demonstrieren. Das sind die ersten Erfolge der Hindenburg-Aera, brutale Niederknüppelung der Arbeiter durch die Hausknechte der Reaktion. Nicht umsonst hat Severing, der Freund Hindenburgs, sogar das Tragen von Spazierstöcken für Arbeiter verboten, damit es den faschistischen Horden möglich ist, die Arbeiter stets unbewaffnet hinmorden zu können. **Täglich kommen** neue Nachrichten von Ueberfällen und gemeinen Morden an Arbeitern. Das zeigen auch folgende Meldungen:

Schwerin, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nähe von Wismar in Mecklenburg wurde vor kurzer Zeit ein durch vier Kopfschüsse **getöteter junger Mensch namens Holz** aufgefunden. Die sofort **aufgetauchte Vermutung, es handle sich um einen neuen völkischen Fememord, hat sich bestätigt.** Gegen vier Faschisten **hat der Staatsanwalt jetzt die Anklage wegen dieses Mordes erhoben.**

Hohenneudorf, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Hohenneudorf **wurden 75 Reichsbannerleute von faschistischer** Uebermacht **überfallen und ihrer Fahne beraubt. Die Reichsbannerleute verfolgten dann die Faschisten, verletzten drei von** ihnen schwer **und mehrere leicht und eroberten ihre Fahne zurück.**

Die Severing-Polizei tut nichts, die Arbeiter gegen das Treiben der faschistischen **Horden zu schützen.** Noch sind durch die Entente-Note der deutschen Regierung genügend Polizeikräfte und Mordwaffen bewilligt worden zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" und zur Niederknuppelung der revolutionären Arbeiterschaft. Dafür haben die imperialistischen Räuber Verständnis. Die faschistischen Mordgesellen können sich jede Schandtat gegen die Arbeiter gestatten, ohne daß ihnen die Polizei etwas in den Weg legt. Die in Abwehr begriffenen revolutionären Arbeiter jedoch füllen die Zuchthäuser der demokratischen Republik.

Der Kuhhandel noch nicht ganz perfekt

Berlin, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die für gestern, Montag, angesetzte Sitzung der Landtagsfraktion des Zentrums in Preußen ist laut bürgerlicher Morgenpresse nach kurzer Debatte angeblich wegen zu geringer Beteiligung geschlossen und vertagt worden.

Für den Offenen Brief der KPD.

Bildung eines Einheitskomitees.

Hamborn, 8. Juni. Eine Betriebsrätevollversammlung der Thyssen-Schächte nahm einstimmig eine Entschließung an, in der gegen die Unternehmeroffensive, gegen Entlassungen, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen, gegen die Luther-Regierung und deren Zoll- und Steuerpolitik und für die sofortige Herstellung der Gewerkschaftseinheit Stellung genommen wurde. In der Entschließung heißt es weiter:

„Zentrum und die angeblich in Opposition stehende Sozialdemokratie und die mit ihnen versippten Führer der Gewerkschaften tuen nichts, um die Arbeiterschaft zu einer Kampffront gegen die Angriffe des Unternehmertums zu sammeln.

In dieser ernsten Stunde wenden sich die Betriebsräte von Thyssen an die gesamte Arbeiterschaft in Deutschland mit der Aufforderung,

sofort in allen Belegschaftsversammlungen zu dem Offenen Brief der KPD., an den ADGB. und die Sozialdemokratische Partei Stellung zu nehmen.

Die darin enthaltenen Forderungen betrachten wir als eine geeignete Grundlage für die Zusammenfassung der Arbeiterschaft.

Die Versammelten beschließen deshalb die Bildung eines Einheitskomitees, das in diesem Sinne zu wirken hat, das alles tun muß, um den Widerstand und die Sabotage der reformistischen Führer zu brechen."

Harrymann gibt nach

TU. **Berlin, 8. Juni.** Die Morgenblätter **melden aus Moskau:** Harrymann hat sämtliche Bedingungen der Sowjetregierung über die Mangankonzession in Tschiaturi angenommen, sich zur sofortigen Zahlung von 4 Millionen Dollar bereit erklärt und auf eine Entschädigung für den Fall, daß die **Unternehmen mit Verlust arbeiten, verzichtet.**